

Schwerpunkt Letzter Sitzungstag des März-Landtags

Landtag befasst sich mit FBP-Lösungsweg zur langfristigen Sicherung der AHV

Debatte Als letzten grossen Traktandenpunkt des März-Landtags befasste sich der Landtag mit dem aktuellen AHV-Gutachten und mit Ideen, wie die AHV längerfristig gesichert werden kann. In einer teils sehr engagierten Diskussion widmeten sich die Abgeordneten auch dem dreiteiligen Vorschlag der FBP.

VON HANNES MATT

Über fünf Stunden dauerte die Behandlung des versicherungstechnischen Gutachtens 2019 für die AHV. Das laut Gesetz alle fünf Jahre zu erstellende «Frühwarnsystem» zeigt Handlungsbedarf vonseiten der Politik auf: So ist der Fall eingetreten, dass die AHV-Reserven über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten auf unter fünf Jahresausgaben sinken werden. Alle Abgeordneten stellten dabei klar, dass die AHV heute noch keinesfalls ein «Sanierungsfall» sei – es gehe mit den Finanzen aber «abwärts wie ein Kuhschwanz», wie Regierungsrat Mauro Pedrazzini es formulierte. Deshalb sind gute Ideen gefragt, wie dem Abwärtstrend entgegengewirkt werden kann. Einen dreiteiligen Lösungsweg stellte die FBP kürzlich vor: Die Kürzung der Finanzzuweisungen des Landes an die finanzstarken Gemeinden, die Senkung der Krankenkassenprämien durch Erhöhung des Staatsbeitrages an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) und zum Dritten die Erhöhung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge an die AHV (das «Volksblatt» berichtete mehrfach).

«Desavouierung!»

Im Landtag stiess die Idee der Bürgerpartei auf wenig Gegenliebe. «Schnurstracks zurück an den Absender», «zum Fremdschämen», «Rohrkrepieler», «Buabatrackle» oder «Irrweg» waren nur einige, der von den VU-Abgeordneten an den Koalitionspartner geäusserten Unworte an die FBP. Wolfgang Marxer von der Freien Liste (FL) rügte die Bürgerpartei sogar, dass sie zuvor überhaupt einen Lösungsvorschlag eingebracht hatte: «Eine absolute Desavouierung (AdR: Blossstellung) des Landtags ist das!» Andere kreative Ideen liessen die anderen Parteien jedoch missen. «Wir haben viel gehört, was nicht geht – weniger was geht», bemerkte Johannes Kaiser (FBP). Zwar gab es mehrere Abgeordnete, die sich für höhere Arbeitgeber- bzw. -nehmerbeiträge an die AHV als mögliche



«Man kann dem Bürger nicht verkaufen, länger zu arbeiten wenn Vaduz gleichzeitig Gutscheine verteilt», findet der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert (rechts) – hier mit Fraktionssprecher Daniel Oehry. (Foto: Michael Zanghellini)

Massnahme aussprechen. «Die FBP ist aber anscheinend die einzige Partei, die einen Anstieg der Lohnnebenkosten vermeiden möchte – uns dafür zu kritisieren, ist schon ein starkes Stück», wie es Alexander Batliner (FBP) ausdrückte. «Auch habe ich selten erlebt, dass nun jedes Vokabular recht ist, den FBP-Vorschlag schlechtzureden.»

Steuergelder-Export bei der AHV?

Andere Abgeordnete priesen indes die Erhöhung des AHV-Staatsbeitrages als Allerheilmittel an. Dagegen wehrte sich die FBP mit Verweis auf den dadurch «verstärkten Export von Steuergeldern ins Ausland», was wiederum der Freien Liste überhaupt nicht passte. Thomas Lageder (FL) wetterte: «Fake News und bewusste Verschwörungstheorie.» Im Anschluss entbrannte eine längere Diskussion, ob man überhaupt von einem Steuergelder-Export bei der AHV sprechen dürfe,

wie dies etwa der Erbprinz bei seiner Thronrede gesagt hatte. «Auch die Zupendler sind an einer sicheren Rente interessiert», fügte Johannes Kaiser an und bestätigte eine ähnliche Aussage von Herbert Elkuch (NF). «So ist der FBP-Vorschlag überhaupt kein Affront gegen Grenzgänger, ganz im Gegenteil.»

Soll der Bürger länger arbeiten?

Weiter war auch die Erhöhung des Rentenalters Thema. Während die FBP dies momentan strikt ablehnt, äusserten mehrere VU- und DU-Abgeordnete ihr Interesse dafür – etwa über einer Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Darob konnte Wendelin Lampert (FBP) nur den Kopf schütteln. Zuvor hatte es Kritik an dem von der FBP angedachten Finanzausgleich mit den finanzstarken Gemeinden gegeben. «Soll der Liechtensteiner Bürger tatsächlich länger arbeiten, weil der Landtag nicht fähig ist, die

Gelder richtig zu verteilen?», polterte der FBP-Abgeordnete. «Da können sie auch den Vaduzer fragen: Möchte er lieber die 100-Franken-Gutscheine oder ein Jahr später in Pension? Die Antwort dürfte relativ klar sein.» Die Neue Fraktion plädierte indes dafür, dass man – wie in der Schweiz – eine vorzeitige Pensionierung von Bauarbeitern ins Auge fassen könnte. Unzählige Wortmeldungen und Repliken später äusserte sich auch noch Regierungsrat Mauro Pedrazzini zu Wort. Ihm obliegt nun die Aufgabe, die in der Diskussion geäusserten Punkte aufzunehmen und bis zum Herbst in eine mehrheitsfähige Vorlage auszuarbeiten. «Eine nicht sehr leichte Aufgabe», kommentierte er. Man darf gespannt sein. Eines ist aber klar: Eine Kürzung der heutigen Renten wird es nicht geben. Dies hatte es nicht einmal in die Regierungsvorlage zum AHV-Gutachten geschafft.

«Fragen Sie den Vaduzer: Will er lieber die 100-Franken-Gutscheine oder ein Jahr später in Pension?»

WENDELIN LAMPERT
FL-ABGEORDNETER

«Dass von Export von Steuergeldern ins Ausland gesprochen wird, geht mir tierisch auf die Nerven.»

THOMAS LAGEDER
FL-ABGEORDNETER

«Der FBP-Vorschlag ist kein Affront gegen Grenzgänger – ganz im Gegenteil.»

JOHANNES KAISER
FBP-ABGEORDNETER

«Mit überraschendem Gestaltungsehrgeiz läutet die FBP ihren «Gute Laune – gute Stimmung»-Wahlkampf ein.»

RAINER BECK
STV. VU-ABGEORDNETER

«Eines wurde heute klar: Die FBP ist die einzige Partei, die einen Anstieg der Lohnnebenkosten vermeiden möchte.»

ALEXANDER BATLINER
FBP-ABGEORDNETER

«Eine Weisheit der Dakota-Indianer besagt: Wenn du bemerkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab.»

MARIO WOHLWEND
VU-ABGEORDNETER

«Ich sehe lediglich, dass der Gegner des Dakota-Indianers überhaupt kein Pferd hat.»

WENDELIN LAMPERT
FBP-ABGEORDNETER